Verordnung betreffend die Entschädigungen für die Mitwirkung an den kantonalen Prüfungen der Universität Basel

Vom 4. August 1980 (Stand 1. Juli 1995)

Der Regierungsrat des Kantons Basel-Stadt erlässt,

gestützt auf § 1 Abs. 2 des Lohngesetzes vom 18. Januar 1995 ¹⁾, folgende Verordnung: ²⁾

§ 1. ³⁾ *Prüfungsentschädigungen*

¹⁾ Für die Mitwirkung bei den kantonalen Prüfungen, die an der Universität Basel abgenommen werden, werden unter Vorbehalt von § 2 folgende Entschädigungen ausgerichtet:

a)	für die Prüfungsabnahme als Examinator ⁴⁾	
	aa) einer Doktorprüfung	CHF 150
	ab) einer Lizentiaten- oder Diplomprüfung	CHF 100
	ac) eines Vorexamens, Vordiploms	CHF 50
	ad) eines Ergänzungsexamens	CHF 50
b)	für eine Prüfungsbeteiligung als Fachexperte oder Beisitzer	CHF 50 pro Stunde
c)	für das Gutachten zu	
	ca) einer Dissertation (Referat)	CHF 250
	cb) einer Dissertation (Korreferat)	CHF 125
	cc) einer Lizentiaten- oder Diplomarbeit (Referat)	CHF 125
	cd) einer Lizentiaten- oder Diplomarbeit (Korreferat)	CHF 75
d)	für Korrektur einer Klausurarbeit	CHF 50

§ 2. *Ausnahmen*

¹⁾ Keine Prüfungsentschädigung erhalten:

- a) die Mitarbeiter der Öffentlichen Verwaltung des Kantons Basel-Stadt (Staatsbedienstete) und der vom Kanton Basel-Stadt subventionierten Institutionen,
- b) die Inhaber von bezahlten Lehraufträgen oder Lektoraten an der Universität Basel,
- c) die Inhaber von aus Nationalfondsmitteln bezahlten Stellen an der Universität Basel.

²⁾ Teilzeitbeschäftigte Assistenten werden hingegen für Prüfungsbeisitz ausserhalb der bezahlten Arbeitszeit gemäss § 1 lit. b entschädigt. ⁵⁾

¹⁾ SG [164.100](#).

²⁾ Ingress in der Fassung des RRB vom 20. 6. 1995 (wirksam seit 1. 7. 1995, publiziert am 22. 7. 1995).

³⁾ § 1 in der Fassung des RRB vom 10. 6. 1987 (wirksam seit 18. 6. 1987)

⁴⁾ Softwarebedingte, redaktionelle Einfügung von Gliederungsbuchstaben oder -ziffern.

⁵⁾ § 2 Abs. 2 beigefügt durch RRB vom 10. 6. 1987 (wirksam seit 18. 6. 1987).

§ 3. *Zulagen bei Vakanzen*

¹ Wird ein vakantes Ordinariat während mehr als einem Semester durch nebenamtliche Lehrbeauftragte vertreten, so kann der Regierungsrat bei einer übermässigen zeitlichen Inanspruchnahme der Lehrbeauftragten durch die Mitwirkung bei Prüfungen an der Universität eine Zulage zur Lehrauftragsentschädigung ausrichten.

§ 4. *Schlussbestimmungen*

¹ Bestimmungen in universitären Ordnungen, die dieser Verordnung widersprechen, sind von den zuständigen Instanzen aufzuheben.

Diese Verordnung ist zu publizieren; sie tritt auf den 1. Oktober 1980 in Wirksamkeit.